

# Stadt Rendsburg

Fachdienst I/4 - Integration



Vorlage-Nr.: 2019/836/1

## Beschlussvorlage

Datum: 20.11.2019

### Sicherer Hafen Rendsburg

#### Beratungsfolge:

Gremium	am	Status
Sozialausschuss	28.10.2019	öffentlich
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	12.11.2019	öffentlich
Ratsversammlung	19.12.2019	öffentlich

#### Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

- ja, siehe Begründung  
 nein

Stellenplanmäßige Auswirkungen:

- ja, siehe Begründung  
 nein

#### Maßnahmen bezüglich Barrierefreiheit:

- keine, da Barrierefreiheit von dieser Maßnahme nicht betroffen ist  
 ergriffene Maßnahmen siehe Vorlage und Beschlussfassung

#### Beteiligung von Betroffenen:

- 1.
- 2.

#### Beschlussvorschlag:

Die Ratsversammlung nimmt Kenntnis und beschließt folgendes:

#### *Sicherer Hafen Rendsburg*

*Die Rendsburger Ratsversammlung begrüßt die Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen". Wir begrüßen ausdrücklich den Beschluss der Bundesregierung, dass Deutschland ein Viertel der in Italien ankommenden Bootsflüchtlinge aufnehmen und dafür finanzielle Mittel bereitstellen will.*

*Mit der symbolischen Erklärung "Sicherer Hafen Rendsburg" zeigt die Stadt Rendsburg ihre Bereitschaft, auch vor Ort an einer solidarischen europäischen Flüchtlingspolitik mitzuwirken, die der Humanität verpflichtet ist.*

*Die Ratsversammlung hofft, dass die deutsche Initiative zu einer gerechten notwendigen europäischen Verteilung der Flüchtlinge führt.*

*Die Stadt Rendsburg wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Bundesregierung bei der Aufnahme der aus Seenot geretteten Flüchtlinge unterstützen.*

*Um das Ziel einer solidarischen Flüchtlingspolitik vor Ort umzusetzen, bedarf es zusätzlicher finanzieller Unterstützung durch die Bundesregierung und Landesregierung. Die von der Landesregierung angekündigten Kürzungen der Leistungen für die Integration von Flüchtlingen von bisher 17 Mio. Euro auf 5 Mio. Euro führt dazu, dass die Kommunen den nachhaltigen Integrationsprozess der Flüchtlinge angesichts der Kosten nicht mehr ausreichend leisten können.*

*Wir fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf keine Kürzungen bei den Leistungen für die Integration von Flüchtlingen vorzunehmen. Integration ist eine Langzeitaufgabe. Deshalb erwarten wir eine Stabilisierung und Dynamisierung der Integrationsmittel.*

### **Begründung:**

Die Ratsversammlung hatte in ihrer Sitzung am 26.09.2019, TOP 6, den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion

*„Die Rendsburger Ratsversammlung unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt hat, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und da-für finanzielle Mittel bereitstellt. Auch Rendsburg ist bereit, bei einer gerechten Verteilung weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.“*

in den Sozialausschuss zur weiteren Beratung verwiesen und die Verwaltung gebeten, vor einer abschließenden Entscheidung der Ratsversammlung die entsprechenden Kosten zu ermitteln und zu den Haushaltsberatungen dem Sozialausschuss vorzulegen.

In der dortigen Sitzung am 28.10.2019, TOP 9, stellte Frau Endres den mit Herrn von Allwörden abgestimmten modifizierten Antrag der SPD-Fraktion vor. Der Sozialausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

Die Verwaltung hat mitgeteilt, dass sich die finanziellen Auswirkungen bei einer zusätzlichen Aufnahme von ca. zwei Bedarfsgemeinschaften auf etwa 5.000 € für die Herrichtung von Unterkünten belaufen würden.

### **Anlage/n:**

Bürgermeister